

Osttimors. Mitte April, nur wenige Tage nach der Genehmigung des WIESEL-Exports, versuchten 8 Timoresen erstmals auch in der deutschen Botschaft um Asyl zu bitten. Bereits von indonesischen Sicherheitskräften verfolgt, gelang es ihnen, mitten in der Nacht, die Mauer der Botschaft in Jakarta zu überklettern. Dort stießen sie auf Angestellte einer lokalen Wachschutzfirma, die umgehend dem Zutritt zum Botschaftsgelände gewährten. Vor den Kameras einiger zuvor in Kenntnis gesetzter Reporter begann das Militär mit Knüppeln auf die Botschaftsflüchtlinge einzuschlagen und sie mit Fußtritten zu malträtieren. Drei Timoresen mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden, die übrigen wurden festgenommen.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die volle Verantwortung für dieses Ereignis beim Auswärtigen Amt sowie beim deutschen Botschafter in Jakarta liegt. Gerade die Bundesrepublik Deutschland sollte sich dazu verpflichtet fühlen, sich für unfreiwillige Botschaftsflüchtlinge einzusetzen. Als vor sieben Jahren BürgerInnen der DDR in bundesdeutsche Botschaften in Budapest und Prag flüchteten, war es eine Selbstverständlichkeit, alle diplomatischen Hebel in Bewegung zu setzen, damit diese Menschen nicht in eine Situation zurückversetzt werden, der sie berechtigterweise zu entfliehen suchten. Die Botschaftsbesetzungen von damals waren nicht nur eine eindrucksvolle Demonstration, die der Weltöffentlichkeit die Augen für die Lage in der DDR öffnete, sondern darüber hinaus auch der Auslöser für den Zusammenbruch des SED-Regimes.

Das Auswärtige Amt bat für den Vorfall in Jakarta um Entschuldigung, versuchte aber, die Verantwortung auf die Angehörigen des Wachschutzdienstes abzuschieben. Immerhin sahen sich die Diplomaten veranlaßt, mit den indonesischen Behörden die Ausreise der acht Timoresen auszuhandeln. Ende April konnten die Flüchtlinge nach Portugal ausreisen, wo sie umgehend medizinisch behandelt wurden.

### Schlußfolgerungen:

Aus der immensen Anzahl schwerer Menschenrechtsverletzungen durch das indonesische Regime konnten hier nur wenige Beispiele genannt werden.

- Die offen zur Schau gestellte Brutalität des indonesischen Militärs vor der deutschen Botschaft in Jakarta,

- der völlig unverhältnismäßige Einsatz von Panzern gegen DemonstrantInnen in Ujung-Pandang und die kaltblütige Ermordung mehrerer DemonstrationsteilnehmerInnen, und

- das allen internationalen Rechtsgrundsätzen widersprechende drakonische Strafmaß, das gegen Dr. Sri-Bintang Pamungkas verhängt wurde, der in Deutschland von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hatte,

sollten allerdings für die Bundesrepublik Deutschland Anlaß genug sein, ihre Verantwortung gegenüber den Menschen in Indonesien neu zu überdenken.

### Forderungen:

- Wir erwarten eindeutige Stellungnahmen der Bundesregierung, um künftige Menschenrechtsverletzungen zu vermeiden, insbesondere auch im Rahmen einer gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik der EU und in internationalen Gremien der UN.

- Die Menschenrechte in Indonesien und Osttimor dürfen nicht länger wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik untergeordnet werden.

- Der für Herbst dieses Jahres geplante erneute Staatsbesuch von Bundeskanzler Kohl in Indonesien wird zum Prüfstein für die Ernsthaftigkeit, mit der die Bundesregierung sich für die Wahrung der Menschenrechte einsetzt.

- In diesem Zusammenhang fordern wir Bundeskanzler Kohl als Repräsentant einer der mächtigsten Demokratien der Welt auf, der unabhängigen Wahlkommission KIPP in ihrem Bemühen um die Demokratisierung Indonesiens seine uneingeschränkte Unterstützung zuzusagen. Wir fordern den Bundeskanzler insbesondere dazu auf, im Kontakt mit der Regierung Indonesiens alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um KIPP vor weiteren Angriffen und Behinderungen zu schützen.

- Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung Indonesiens ihren Protest gegen die Verurteilung von Dr. Sri-Bintang Pamungkas einzulegen und sich für ein gemeinsames Kommuniqué der EU-Mitglieder in dieser Sache einzusetzen.

- Die Entführung eines Wissenschaftlerteams, dem auch ein deutscher Geograph angehörte, sorgte im Januar 1996 für die gesteigerte Aufmerksamkeit westlicher Politiker für Menschenrechts- und Umweltprobleme in West Papua. In diesem Zusammenhang verabschiedete das Europaparlament im Mai die Resolution B4-0332/96. Wir erwarten nun konkrete Schritte der Bundesregierung, um bei der indonesischen Regierung auf eine Verbesserung der Situation in West Papua hinzuwirken.

- Die Genehmigung zum Export der Luftlandpanzer WIESEL durch den Bundessicherheitsrat ist unverzüglich zu widerrufen.

- Eine Stärkung des Unterdrückungspotentials des indonesischen Militärs durch zukünftige Rüstungsexporte oder andere vergleichbare Maßnahmen muß unterbunden werden. Je größer die Macht des Militärs, desto größer wird auch die Wahrscheinlichkeit immer neuer Flüchtlingsströme - nicht nur - aus Osttimor.

Die Existenz einer nationalen Menschenrechtskommission genügt nicht, um die Menschenrechte in Indonesien und Osttimor zu gewährleisten. Den Menschen in Indonesien und Osttimor müssen die grundlegenden Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten gewährt werden, die von den Vereinten Nationen allgemein anerkannt sind.

Rheinsberg, den 12.5.1996

### 14.6.-31.7.1996

Michael Siewert: *Kunst auf Reisen - Philippinen - Ölbilder, Photographien und Radierungen*

Ort: Philippinenbüro im Asienhaus, Bullmannau 11, 45327 Essen Tel.: 0201-8303828, Fax: 0201-8303830. Veranstalter: Philippinenbüro, Essen

### 10.7.1996

Barbara Dreis, MA Universität Mainz: *Entwicklung der ASEAN nach dem Singapur-Gipfel 1992 auf dem Weg zum regionalen Ordnungsfaktor*

Ort: Hörsaal des Orientalischen Seminars (Kerpener Straße/Ecke Weyertal), 50923 Köln. Veranstalter: Kölner interdisziplinäre Konferenz für gegenwartsbezogene Südostasien-Forschung sowie die Fachschaft Malaiologie-Information: 0221-4703470

### 29.8. - 1.9.1996

International Summer Seminar (Teil-) *Communications policies in Western Europe and Southeast Asia: Cultural and Historical Perspectives*

Ort: Brügge / Belgien, Veranstalter: SMIIT (Centre for Studies on Media, Information & Telecommunications), Freie Universität Brüssel; AMIC (Asian Mass Communication and Information Center), Singapur; CSC (Communication for Social Change), Katholische Universität Brüssel

### 17.9.1996

Dr. A. Reinecke, Archäologe, Bonn: *Archäologie in Vietnam. Ergebnisse deutsch-vietnamesischer Zusammenarbeit*

Ort: Restaurant ATRIUM, Bertha von Suttner-Platz 1, Düsseldorf, Veranstalter: Deutsch-Vietnamesische Gesellschaft, Arbeitskreis Region Düsseldorf, c/o Nicolas Wallrath, Hüttenstr. 92, 40699 Erkrath, Tel.: 02104-36266

### 18.-20.10.1996

Bundesweite Konferenz der Philippinen-Solidaritätsgruppen

Ort: Köln, Anmeldung und Information: Klaus Schmidt, Auf dem Kitzberg 37, 51107 Köln

### 30.10.1996

Rüdiger Siebert, Journalist und Autor: *Von Marx zu Money - Die rasanten Veränderungen in Kambodscha, Laos und Vietnam*

Ort: BRÜCKE/VHS, 3. Etage, Vortragssaal, Kasernenstr. 6, Düsseldorf, Veranstalter: Deutsch-Vietnamesische Gesellschaft, Arbeitskreis Düsseldorf (s.o.)

### 8.-10.11.1996

Studentische Arbeitstagung zu Südostasien und Ozeanien

Ort: Universität Köln (Orientalisches Seminar u. Hauptgebäude), Veranstalter: Fachschaft Malaiologie, Universität Köln. Infos und Anmeldung: Annegret Nitzling 0221-3481173, Patrick Ziegenhain 0221-541361

### 22.-23.11.1996

Naturkatastrophen in Südostasien. Ursachen, Wirkungen und Umgang. Geographische, ethnologische, ökologische und juristische Aspekte.

Ort: Universität Trier, Raum C 22 / A 8, Veranstalter: Projekt Ost-/Südostasien-Projekt im IfSF e.V. Trier, Infos: IfSF, Postfach 4324, 54233 Trier

### 23.11.1996

Umwelt- und Naturschutz in Vietnam. Ganztägiges Ökologie-Seminar mit vietnamesischen und deutschen Experten.

Ort: Kaiserhof, Bahnstr.2, Erkrath Veranstalter: Deutsch-Vietnamesische Gesellschaft, Arbeitskreis Düsseldorf (s.o.)